

ELMAU-G7-SPECIAL

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 46 / SOMMER 2015



BANKEN UND FINANZEN:

Der Tanz ums Goldene Kalb

DIE GELDORDNUNG:

Die Ursache der Finanzkrisen

Joseph Huber

DAS INTERVIEW:

Über den Gehorsam

Konstantin Wecker

DAS PLÄDOYER:

Europa hat Zukunft

Robert Menasse

DIE FOTOSTRECKE:

Die Bildsprache der Banken

Helga Schön

D, A: 9 Euro, CH: 14 Franken



„Die UBS hat über 5 Milliarden Franken für Bußen bezahlt“. Das war die Headline der drittgrößten Tageszeitung der Schweiz, der AZ, vor ein paar Tagen. Und sie ergänzte im Untertitel: Die Großbank kam seit 2006 mehr als 20-mal an die Kasse.“ Das allerdings scheint am Selbstbewusstsein dieser Großbank nicht zu kratzen. Kein Bank-Manager sitzt der üblen Machenschaften wegen im Knast, man hat sich ja – nach US-amerikanischem Rechtsverständnis – „freigekauft“. Und man macht wieder Milliardengewinne. Und die Manager erhalten, wie schon vor der Finanzkrise von 2008, ihre Boni – und wieder in Millionenhöhe. All das, notabene, obwohl die UBS 2008 vor der Pleite und dem definitiven Untergang gerettet werden musste: Am 16. Oktober 2015 sprachen Bund und Nationalbank der Schweiz der UBS in einer Nacht und Nebel-Aktion 60 Milliarden US-Dollar zu – im Interesse der Schweiz, wie gesagt wurde.



Für uns von der GAZETTE ist das ein guter Grund, wieder einmal den Blick auf die Finanzwelt zu lenken. Zum Beispiel die Frage aufzuwerfen, warum das Recht auf Geldschöpfung – entgegen der ursprünglichen Idee – nicht mehr beim Staat, bei den Zentralbanken, liegt, sondern – de facto – bei den Geschäftsbanken. Oder warum die Kapitaltransaktionssteuer, die Tobin Tax, immer noch nicht eingeführt ist, obwohl die Mehrheit der EU-Staaten dies möchten.

Der Blick auf Europa war schon immer ein GAZETTE-Thema, diesmal, und nicht zum ersten Mal, aus dem berufenen Mund von Robert Menasse – GAZETTE-exklusiv. Aber auch England, oder genauer: dem Vereinigten Königreich, Ungarn und Bulgarien und der arabischen Welt gilt unser Interesse. Und wie immer haben wir auch die Lebenslust nicht vergessen ...

Aber noch etwas: Die GAZETTE ist bekanntlich für Leute, die noch lesen können. Für all jene unter Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, die zwar gerne lesen, aber auch ein Sensorium für die nonverbale Kommunikation haben, gibt's ein Fotofeature aus dem gläsernen Frankfurt. Mit wenig Transparenz, aber mit vielen Spiegelungen.

Christian Müller
Chefredakteur



Titelfoto: Der Tanz ums Goldene Kalb, Ölgemälde auf Leinwand von Nicolas Poussin aus den Jahren 1633 bis 1637 (National Gallery London)

Titelthema: Der Tanz ums Goldene Kalb

- 7 GELDORDNUNG UND GELDORDNUNGSREFORM
Die verkannte Ursache der Finanzkrisen
Von Joseph Huber
- 15 FINANZPLATZ SCHWEIZ
Die permissive Lethargie der Biedermänner
Von Jürg Frey
- 19 Essay
Geld, Gott und der gemeine Steuerzahler
Von Rudolf Walther
- 22 STEUERN
Asyl für Tobin
Von Harry U. Elhardt
- 29 GAZETTE-INTERVIEW
„Der Gehorsam ist der größte Feind der Demokratie“
Von Konstantin Wecker
- 32 BÜRGERINITIATIVEN
Und woher kommt das Geld?
Von Christian Müller
- 35 FOTOSTRECKE
Die Banken und ihre Signale der Macht
Von Helga Schön

Europa

- 49 PLÄDOYER
Für ein Europa der Regionen
Von Robert Menasse

Blick nach draußen

- 58 ENGLAND
Showdown
Von Harry U. Elhardt
- 63 UNGARN
**Fünf Jahre Orbanistan –
ein Mafia-Staat im Herzen Europas**
Von Lajos Szelestey
- 70 BULGARIEN
Große Träume kleiner Fußballer
Von Dagmar Gester
- 73 ARABISCHE WELT
Vom kurzen Frühling in die Katastrophe
Von Peter Köpf

Dokumentation

- 77 GEISTESGESCHICHTE
**Protestantische Ethik und
der Geist des Kapitalismus**
Von Max Weber

Lyrik

- 86 Godek
Von Georg Trakl

Genießen

- 87 ENTDECKUNGEN
Was man von City-Bankern auch noch lernen kann
Von Christian Müller

Rezensionen

- 90 John Urry:
Grenzenloser Profit – Wirtschaft in der Grauzone
Von Volker Isfort
- 91 Andreas Zumach:
Globales Chaos – machtlose UNO
Von Eva Herold
- 92 Bettina Leder:
Lauingers. Eine Familiengeschichte aus Deutschland
Von Stefanie Oswald
- 93 Alwin Meyer:
Vergiss Deinen Namen nicht
Wendy Holden:
Schicksalskinder – die KZ-Babys von Mauthausen
Von Stefanie Oswald
- 95 Johann Schmid:
Wahn und Wirklichkeit
Von Christian Müller
- 96 Adolf Hitler:
Mein Kampf
Von Fritz Glunk

GAZETTE-Verlag

- 98 Autoren, Impressum



Konstantin Wecker

Seite 29



Die Banken

Seite 35



Der Single Malt

Seite 87



Joseph Huber, Prof. em. für Wirtschaftssoziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, anlässlich einer gut besuchten Gastvorlesung zum Thema Vollgeld-Reform mit anschließender Diskussion Anfang Mai 2015 an der Eidgenössisch-Technischen Hochschule ETH in Zürich. Foto: Christian Müller

Redaktionelle Vorbemerkung

Was in anderen Ländern mit rein parlamentarischer Demokratie und ohne ausgebautes Initiativ-Recht der Bevölkerung kaum denkbar ist, ist in der Schweiz möglich. Die schon in vielen Ländern aktiven Organisationen für eine Reform der Geldordnung haben Mühe, sich Beachtung zu verschaffen. Etwas besser ist es in der Schweiz. Zurzeit werden Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt. 100 000 Unterschriften von Stimmbürgern sind nötig, damit später eine Volksabstimmung stattfinden muss. Bis Ende Mai waren immerhin schon 65 000 gültige Unterschriften im Kasten.

Kleines Glossar

Giralgeld, auch Buchgeld genannt, ist „Geld“, das nur als Kredit oder Guthaben besteht, heutzutage also meistens nur digital im Computer existiert. Giralgeld kann von den Geschäftsbanken geschöpft werden, ohne dass ein adäquater Betrag an (echtem) Geld von der Zentralbank zur Verfügung steht. Die im Umlauf sich befindliche Geldmenge kann deshalb nicht mehr von der Zentralbank gesteuert werden.

Seignorage ist der von der Notenbank erzielte Gewinn, der durch die Emission von (echtem) Zentralbankgeld entsteht.

1) Luc Laeven / Fabian Valencia 2008: Systemic Banking Crises. A New Database, IMF Working Paper, WP 08/224. - Carmen M. Reinhart / Kenneth Rogoff 2009: This Time is Different. Eight Centuries of Financial Folly, Princeton University Press.

2) Vgl. Rolf Gocht 1975: Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung, Berlin, Duncker & Humblot. Richard Werner 2007: Neue Wirtschaftspolitik für Europa. München, Vahlen. Joseph Huber 2014: Monetäre Modernisierung, 4. akt. Auflage, Marburg: Metropolis. Josh Ryan-Collins, Tony Greenham, Richard Werner and Andrew Jackson 2011: Where does money come from? London, New Economics Foundation.

3) Ermittelt nach Angaben in European Central Bank, Monthly Bulletins, Table 2.3.2. Schweizerische Nationalbank, Statistische Monatshefte, Tab. A1.17-19, B2.2-3 D1. Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Tab. IV.1-2.

4) Ermittelt nach Angaben in www.federalreserve.gov/releases/h6/hist; www.bundesbank.de/statistik/zeitreihen; Deutsche Bundesbank, Monthly Bulletins, tables II.2; Schweizerische Nationalbank, Monatsberichte, Tab. B2, P

5) Trader's Narrative, November 7th, 2009. The Economist, March 22, 2008. Andere Abgrenzungen erbringen ein niedrigeres Niveau, aber gleiche Proportionen, z.B. bei Ashok Vir Bhatia 2011: Consolidated Regulation and Supervision in the United States, IMF Working Paper, No.23, 2011, p.8.

6) Irving Fisher 1935: 100%-Money, New Haven. Dt. Fassung von Klaus Karwat 2007: 100%-Geld, Kiel, Verlag für Sozialökonomie.

7) Joseph Huber und James Robertson: Creating New Money, London: New Economics Foundation, 2000 (<http://www.jamesrobertson.com/book/creating-newmoney.pdf>). Deutsch von Klaus Karwat 2008: Geldschöpfung in öffentlicher Hand, Kiel: Gauke. - Joseph Huber 1998: Vollgeld, Berlin, Duncker & Humblot. Ders. 1999: Plain Money, Halle'scher Graureiher 99-3 (<http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/9903.pdf>). Ders. 2004: Reform der Geldschöpfung. Wiederherstellung des staatlichen Geldregals durch Vollgeld, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 41.Jg., 142.Folge, Sep 2004, 13-21.

8) Vgl. <http://internationalmoneyreform.org>.

9) Vgl. <http://eng.forsætisraduneyti.is/news-and-articles/reform-of-the-monetary-system>

10) Der Ausdruck „Monetative“ stammt von Bernd Senf 2004: Der Tanz um den Gewinn, Kiel: Gauke, 64.

Die verkannte Ursache der Finanzkrisen

Hinter vorgehaltener Hand ist man sich einig: Die nächste Finanzkrise kommt. Die Frage ist nur: wann. Sind Finanzkrisen systemimmanent notwendig? Immer mehr Wissenschaftler, zumal in England und in den USA, aber auch in Frankreich, in Italien und in Deutschland, sind überzeugt: Nein. Die Ursache liegt in erster Linie an einer falschen Geldordnung, an der – illegitimen – Kompetenz der Geschäftsbanken, selber Geld zu schöpfen. Die GAZETTE hat den Vorkämpfer dieser These in Deutschland, Prof. Dr. Joseph Huber, gebeten, dies zu begründen.

Von Joseph Huber

Als Ursache für die anhaltende Finanzkrise werden viele Gründe vorgebracht. Die einen sehen eine klassische Überinvestitions- und Überschuldungszyklik als Ursache, andere geben der jahrzehntelangen Deregulierung der Devisen- und Kapitalmärkte mit einem Trend zum ‚Kasinokapitalismus‘ die Schuld, wieder andere dem fahrlässig gewordenen Umgang mit den Risiken des Kredit- und Investmentbanking in Verbindung mit windigen ‚Finanzinnovationen‘, Bilanzierungs- und Ratingpraktiken. Dies alles vor dem Hintergrund des Sachverhalts, dass die großen Geld- und Finanzinstitute in einer Weise ‚systemrelevant‘ geworden seien – weil ‚too big to fail‘ oder ‚too interconnected to fail‘ – dass es für sie faktisch eine öffentliche Bestandsbürgschaft gebe und sie damit über ein weitgehendes Erpressungspotenzial verfügten.

Entsprechend verschiedenartige Reformmaßnahmen sind vorgeschlagen und in verschiedenen Ländern teilweise bereits auch ergriffen worden – von der Erhebung einer Finanztransaktions-Steuer und der Überführung von außerbörslichen Wertpapiergeschäften in den registrierten Börsenhandel über die Untersagung des Eigenhandels von Banken, striktere Vorgaben für Ratingagenturen und Schattenbanken, das Verbot von problematischen Praktiken im Derivatehandel, bis zu einer erhöhten Eigenkapitalausstattung der Banken gemäß Übergang vom Regelwerk Basel II zu Basel III, u.a.m.

Die betreffenden Gründe dürften ein Stück weit zutreffend und die vorgesehenen Maßnahmen insoweit sinnvoll sein. Das Problem dauerhaft beheben werden sie dennoch nicht. Denn sie bleiben bei der Analyse von diversen Banking- und Finanzmarktpraktiken stehen und verkennen die eigentliche strukturelle Ursache des Problems: das Geld und seine wundersame Vermehrung. Man hält die aktuelle Finanz-, Staatsschulden- und Bankenkrise für ein unglückliches singuläres Ereignis, eine Art Betriebsunfall. Man will nicht wahrhaben, dass es sich um ein systeminhärentes Strukturproblem handelt. Subprime Crisis, Credit Crunch, Staatsschuldenkrise und fortgesetzte Bankenrettungen sind vorerst letzte Glieder einer immer längeren Kette solcher Krisen auf wandernden Hot Spots rund um

den Globus. Im zurückliegenden Vierteljahrhundert hat es mehr Finanzkrisen gegeben als je zuvor in einem solchen Zeitraum. Mitarbeiter des IWF haben für die Zeit von 1970-2007 124 Banken- krisen, 326 Währungskrisen und 64 Staatsschuldenkrisen gezählt.¹⁾

Bei diesen Krisen mögen jeweils situative Sonderfaktoren mit im Spiel gewesen sein. Aber jenseits dessen gründen sie alle in den Fehlfunktionen des bestehenden Geldsystems, genauer gesagt, der ungebremsten Ausweitung von Bankbilanzen, Geldmengen, Geldvermögen und Schulden im bestehenden System der Geldschöpfung durch die Banken im Rahmen des fraktionalen Reservebanking (Siehe dazu unser Glossar auf Seite 6).

Die moderne Wirtschaft beruht auf dem Finanzsystem und dieses beruht auf der Geldordnung. Es besteht eine klare Systemhierarchie: Geld bestimmt die Finanzwirtschaft ebenso wie diese die Realwirtschaft bestimmt. Jede realitätsbasierte Wirtschaftswissenschaft sieht im Geld das zentrale Steuerungs- und Kontrollmedium der Wirtschaft – in seiner Schöpfung und Erstverwendung ebenso wie in seiner weiteren Allokation und Verteilung. Trotzdem wird in der Diskussion über die aktuelle Banken- und Staatsschuldenkrise die Rolle der Geldordnung als Kernkomponente des Finanzsystems kaum beachtet. Die schlimmste Krise seit der Großen Depression der 1930er Jahre hat bisher nicht dazu geführt, die Aufmerksamkeit von Wissenschaft, Fachmedien und Politik auf monetäre Grundfragen zu lenken und eine Reform der Geldordnung zum Bestandteil aktueller Finanzreformen zu machen.

Fehlfunktionen des bestehenden Giralgeldregimes

Die heute weltweit verbreitete Lehrmeinung unterstellt, im vorhandenen zweistufigen Bankensystem habe die Zentralbank durch Mindestreservenpolitik, Zinspolitik und Offenmarktintervention die Giralgeldschöpfung der Banken unter Kontrolle. Das ist graue Theorie. Sie beruht auf einem realitätsfernen Modell des Kreditmultiplikators, der mit Geldschöpfung nichts zu tun hat, der Nichtberücksichtigung des Zusammenhangs zwischen Interbankenkreislauf mit Reserven und Publikumskreislauf mit Giralgeld, und sie beruht damit auf einer irreführenden Sicht auf die Rolle von Ersparnissen.²⁾

Die Wirklichkeit sieht so aus, dass die Banken, vor allem die Großbanken, so viel oder so wenig Kredit ausstellen oder Wertpapiere kaufen, wie ihnen günstig scheint. Die Banken bezahlen das mit selbst ausgestelltem Giralgeld, auch Buchgeld genannt. Um den sich daraus ergebenden Zahlungsverkehr mit 100 Einheiten Giralgeld – Euros, Schweizer Franken, was immer – abzuwickeln, benötigen die Banken nur einen Bruchteil dessen als Zahlungsreserve, und zwar 1,4 Prozent Bargeld und 0,1 bis 0,6 Prozent Überschussreserve; die Großbanken etwas weniger, kleine Banken mehr. Dazu kommen noch 1 Prozent (Euro) bis 10 Prozent (US\$) brachliegende Mindestreserve ohne Funktion. Rechnerisch als Multiplikator ausgedrückt,

„Die Großbanken stellen so viel oder so wenig Kredite aus, wie ihnen günstig scheint.“

betragen die Giroguthaben heute das über 70fache der Barbestände der Banken und ein Mehrhundertfaches ihrer Überschussreserven.³⁾

Die Giralgeldschöpfung der Banken ist der Geldmengenkontrolle durch die Zentralbanken faktisch entglitten. Die Initiative zur Geldschöpfung liegt bei den Banken. Sie bestimmen vollständig, wieviel Giralgeld im Publikums- und Interbankenverkehr per Kredit geschöpft oder per Kredittilgung gelöscht wird. Die Zentralbank refinanziert dies stets bereitwillig und in der Regel zinsgünstig durch Bereitstellung der dafür noch nötigen Reserven.

Im Ergebnis weist das bestehende Giralgeldregime der Banken eine Reihe von inhärenten Fehlfunktionen auf:

- Die Funktionsweise des Systems ist unnötig kompliziert und so intransparent und unverständlich, dass selbst vermeintliche Fachleute es oft nicht wirklich verstehen.
- Die Geldschöpfung in diesem System ist außer Kontrolle und erfolgt im Prinzip unbegrenzt bis zum Zusammenbruch.
- Die Geldschöpfung verläuft prozyklisch, das heißt mit den Konjunktur- und Finanzzyklen generell überschießend und damit Krisen erzeugend und verschärfend.
- Das zumeist überschießende Geldangebot wirkt inflationär, zuletzt vor allem auch kapitalanlage-inflationär (sogenannte Asset Inflation), in der Krise selbst gegebenenfalls auch deflationär.
- Das System stellt passivisch gesehen eine wiederkehrende Schuldenfalle dar, auf lange Frist vor allem für die öffentlichen Haushalte, aber auch für die Geld- und Finanzinstitute selbst.
- Giralgeld (auch Buchgeld genannt) ist unsicheres Geld. In Banken Krisen ist sein Bestand ebenso gefährdet wie Bankeinlagen und andere Geldvermögen. Deshalb muss es durch Einlagesicherungsfonds (notdürftig) abgesichert und staatlich verbürgt werden.
- Die Giralgeldschöpfung ist illegitim und leistungsungerecht bezüglich des Geldschöpfungsgewinns, der sogenannten Seigniorage. Diese fließt nur zum geringen Teil als Zentralbankgewinn der öffentlichen Hand zu, zum Löwenanteil aber den Banken als unverdienter Margen-Extragewinn durch vermiedene Refinanzierungskosten bei der Kreditgeldbereitstellung (der Giralgeldschöpfung). Jeder Wirtschaftsteilnehmer muss seine Geschäfte vollständig finanzieren, die Banken aber nur zum Bruchteil von 2,5–10%, je nach Land.
- Das System ist ordnungspolitisch falsch verfasst. Das Geldregal, das Vorrecht der Geldschöpfung und der damit verbundenen Seigniorage, ist eine hoheitliche Prerogative von Verfassungsrang, ähnlich wie das Steuermonopol, das Gewaltmonopol u.a. Dieses Vorrecht de facto, inzwischen mit Art. 123 (1) AEUV (Lissabon-Vertrag) auch de jure, ausschließlich dem Geschäftsbelieben der Banken anheimgestellt zu haben, stellt eine staatsrechtliche Fehlleistung ersten Ranges dar. Die Finanzen und die wirtschaftliche Lage von Staat, Unternehmen und privaten Haushalten sind von einer instabilen und immer wieder BIP-überschießenden und damit Krisen-induzierenden Geldschöpfung direkt berührt.

„Die Geldschöpfung ist außer Kontrolle und erfolgt unbegrenzt bis zum Zusammenbruch.“

„Normal rentable
realwirtschaftliche
Investitionen wurden
vernachlässigt.“

Die Geldmenge expandiert seit Jahrzehnten weit stärker als die Wirtschaft. In den USA beispielsweise wuchs in den zehn Jahren vor Einsetzen der Krise 2008 das nominale BIP (mit Inflation) um 45 Prozent, während die umlaufende Geldmenge um 80 Prozent zunahm. In Deutschland wuchs zwischen 1992 und 2008 das nominale BIP um 51 Prozent, die Geldmenge aber um 189 Prozent. In der Schweiz wuchs im selben Zeitraum die Geldmenge um 121 Prozent, das nominale Wachstum aber nur um 37 Prozent. Die Hälfte bis zwei Drittel des nominalen Wachstums bestand in Verbraucherpreis-inflation. Das Geldmengenwachstum um das Doppelte bis Dreifache über das nominale BIP hinaus bedeutet eine Zunahme, die über jedes plausible Ziel weit hinausschießt, selbst wenn man das Wirtschaftswachstum in globaler Perspektive betrachtet.⁴⁾

Die Giralgeldschöpfung diene zuletzt überproportional der kreditären Aufhebung (dem sogenannten Leverage) von bloßen Finanzanlagen. Zugleich wurden normal rentable realwirtschaftliche Investitionen vernachlässigt. Vor allem die international agierenden Großbanken haben ihr Geschäftsmodell verschoben: weg vom ‚kleinen‘ Kundengeschäft, hin zum Investmentbanking, wo mit der Platzierung von Staatsschulden, Börsengängen, der Spekulation mit Derivaten auf diesen Papieren sowie mit Devisen, der Kreditfinanzierung feindlicher Übernahmen u.a. ein auch für Großbanken übergroßes Rad gedreht wird.

Da der finanzwirtschaftliche Anteil der Geldverwendung sich gegenüber dem realwirtschaftlichen Anteil zunehmend vergrößert hat und alle Geldanlagen aus dem laufend produzierten Einkommen (BIP) zu verzinsen sind, hat sich über die Jahre hinweg auch die Primärverteilung der Einkommen verschoben: zugunsten von Finanzeinkommen und zum Nachteil von Arbeitseinkommen. Wir leben heute, beginnend in den 1980er Jahren, wieder in einer Zeit, in der tatsächlich ‚die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer‘ werden.

Dies zeigt sich auch in der Entwicklung der Geldanlagen in Form von zum Beispiel Terminguthaben, Wertpapieren oder Immobilien als Anlageobjekten. Bis in die 1980er Jahre bewegte sich der Wert dieser Finanzaktiva in den USA auf einem Niveau um 450 Prozent des BIP. Von da an bis zum Beginn der Bankenkrise im Jahr 2007 stiegen diese Assets steil auf über 1000 Prozent des BIP, was wiederum eine Zunahme jenseits aller realwirtschaftlicher Fundamentaldaten darstellt.⁵⁾

Besitzer von Aktien und anderen Wertpapieren sowie die Eigentümer von Immobilien sehen in jedem Preisauftrieb ihrer Vermögen eine willkommene Wertsteigerung und wollen nichts davon wissen, dass es sich ab einer gewissen Grenze fast immer um eine spekulative Blase und dementsprechend um eine Vermögens-Illusion handelt. Deren Implosion richtet jedesmal großen Schaden an, und zwar nicht nur, indem sie private Vermögen dezimiert und Finanzinstitute in bilanzielle Schieflage bringt, sondern auch indem sie

die Realwirtschaft mit ihren Arbeitsplätzen und Einkommen in die jeweilige Überinvestment- bzw Überschuldungskrise der Finanzakteure mit hineinzieht.

Unter den Bedingungen einer faktisch kaum begrenzten Giralgeldschöpfung durch den Bankensektor erweist sich das Modell sich selbst regulierender Finanzmärkte (Efficient Market Hypothesis) als bloße Banking-Ideologie, die keiner Prüfung durch ökonomische Tatsachen standhält. Weit davon entfernt, ein selbstbegrenzendes Gleichgewicht zu finden, überschießen und kollabieren die Finanzmärkte immer wieder.

„Die Finanzmärkte überschießen und kollabieren immer wieder.“

Reform der Geldschöpfung

Um der wiederkehrend kollabierenden Überschussdynamik des Giralgeldregimes vorzubeugen, ist es zuerst und vor allem erforderlich, die Geldmenge und also die Geldschöpfung unter Kontrolle zu bekommen. Finanz- und Realwirtschaft können nur dann einigermaßen störungsfrei funktionieren, wenn sie auf einem stabilen Geldsystem beruhen, mit einer weder über- noch untersteuerten Geldversorgung im Einklang mit dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzial bei Auslastung der Kapazitäten. Letzteres beinhaltet nicht nur realwirtschaftliche Aktivitäten im engeren Sinne, sondern auch finanzwirtschaftliche Bedarfe, soweit diese mit den langfristigen bzw. lebenszyklischen Planungsbedarfen von unternehmerischen, privaten und öffentlichen Haushalten in einem plausiblen Zusammenhang stehen.

Von daher und vor dem dargelegten Hintergrund haben sich in den zurückliegenden Jahren in vielen Industrieländern neuerlich Geldreforminitiativen gebildet. Teilweise knüpfen diese an die sogenannten 100-Prozent-Reserve-Ansätze der 1930er Jahre wieder an, insbesondere das 100-Prozent-Banking, auch bekannt als Chicago-Plan nach Henry Simons, Milton Friedman u.a., sowie das 100-Prozent-Money nach Irving Fisher.⁶⁾ Mehr noch verfolgen sie einen Ansatz, wie ihn der Autor unter dem Begriff ‚Vollgeld‘ entwickelt hat.⁷⁾ ‚Vollgeld‘ steht als Kurzform für voll gültiges unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel. Münzen der Regierung, Zentralbanknoten und unbare Reserven bei der Zentralbank haben bereits heute den Status von Vollgeld; nicht jedoch das Giralgeld, das zwar wie Geld benutzt wird, in Wirklichkeit jedoch nur ein Geldsurrogat darstellt, eine (in aller Regel uneingelöst bleibende) Forderung auf Zentralbankgeld.

Ein wachsende Zahl von Initiativen setzen sich für einen Übergang von Giralgeld zu Vollgeld ein. Dazu gehören unter anderen zum Beispiel in Deutschland der Verein Monetative, in der Schweiz der Verein MoMo und eine Vollgeld-Initiative zur Ergänzung der Eidgenössischen Verfassung, in Großbritannien Positive Money, in den USA das American Monetary Institute.⁸⁾ In Island hat der Wirtschaftsausschuss des Parlaments mit Unterstützung des Ministerprä-

sidenten Ende März 2015 eine Vollgeldreform befürwortet.⁹⁾ Allen diesen Reforminitiativen ist gemeinsam, dass sie das bestehende fraktionale Reservesystem als die grundlegende Ursache der wiederkehrenden Banken- und Finanzkrisen ausmachen. Ihre Reformforderungen enthalten von daher drei Kernpunkte:

1. die Ausweitung des Banknotenmonopols auf das Buchgeld (das heutige Giralgeld) und elektronisches Bargeld sowie die Übertragung der Verantwortung dafür auf ein unabhängiges staatliches Geld- und Währungsorgan, in der Regel die Zentral- bzw. Nationalbank.
2. die Unterbindung der Giralgeldschöpfung durch Banken
3. die Inumlaufbringung von neu geschöpftem Geld als originäre Seigniorage durch öffentliche Ausgaben. Dies schließt nicht aus, dass im situativen Bedarfsfall neues Geld kurzfristig auch per herkömmlichen Zentralbank-Kredit an Geschäftsbanken in Umlauf gebracht werden kann.

Es gibt unterschiedliche institutionelle Arrangements und technisch-operative Varianten, durch die sich diese drei Kernpunkte realisieren lassen. Aber in welcher Variante auch immer, Vollgeld stellt im Unterschied zu Giralgeld nicht bloß eine Forderung auf (Zentralbank-) Geld dar, auch keine derartige Verbindlichkeit, sondern es ist unmittelbar voll gültiges Geld in eigenem Recht, auf Vollgeldkonten, die außerhalb der Bankbilanzen geführt werden, sinngemäß analog zur Führung von Kundendepots. Vollgeld kann frei auf jedes andere Vollgeldkonto fließen, aber es kann nicht aus einer Bankbilanz und damit in seiner Existenz verschwinden. Das Vollgeldkonzept steht in der geldpolitischen Tradition der Currency-Schule seit den 1840er Jahren (Geld als chartales Geld, staatlich kontrollierte Geldschöpfung), im Unterschied zu Banking-Lehren (Geld als Bankenkredit, geschöpft und getilgt von den Banken nach individuellem Geschäftsbelieben).

Im Prinzip vollzieht eine Vollgeldreform heute mit dem Buchgeld, was vor 100 bis 150 Jahren bereits mit dem Bargeld vollzogen wurde. Damals wurden, aufgrund einer ähnlichen Krisensymptomatik wie heute, private Banknoten ausgeschleust zugunsten des seither bestehenden Banknotenmonopols der Zentralbanken. Eine wirksame Kontrolle der Geldschöpfung wurde dadurch jedoch noch nicht erreicht, zum einen, weil das Bargeld auch damals schon durch Bankenkredit in Umlauf kam (als sekundäre Wechselmenge aus den primären Reserven bzw Giroguthaben), und diese Giroguthaben, zum anderen, schon damals bereits ein Drittel und mehr der realen Geldmenge M1 ausmachten. Nach hundert Jahren liegt ihr Anteil heute je nach Land bei 80–97 Prozent der umlaufenden Geldmenge.

In einer Vollgeldordnung besteht zwischen Geld und Kredit ein klarer Unterschied. Geld ist ein allgemeines Zahlungsmittel und somit ein Gemeingut, das sich von daher auch in Gemeineigentum befinden sollte (im Eigentum einer staatlichen Zentralbank). In der modernen Wirtschaft ist jedes Geld so genanntes Zeichengeld. Die-

„Vollgeld kann nicht
– im Gegensatz zum
Giralgeld – aus seiner
Existenz verschwinden.“

ses besteht, wie schon Aristoteles erkannte, ‚nicht von Natur aus, sondern durch Gesetz‘ (sogenanntes Fiat Money). Es kann nach dem Willen dazu autorisierter Stellen frei geschöpft und in Umlauf gesetzt werden. Daraus ergibt sich sowohl rechtlich als auch funktional, dass die Schöpfung und Mengenkontrolle der gesetzlichen Zahlungsmittel unter jemandes zurechenbarer Verantwortung und Kontrolle stehen müssen – unter heutigen Bedingungen naheliegenderweise unter Verantwortung und Kontrolle unabhängiger staatlicher Zentralbanken. Ein souveräner Staat sollte in Ergänzung seiner legislativen, exekutiven und judikativen Souveränität auch monetäre Souveränität genießen und nicht vom Wohl und Wehe kommerzieller Kredit- und Investmentbanken abhängig sein. Die Zentralbanken sollten den Namen ‚Geld- und Währungshüter‘ zu Recht verdienen und also zu einer vierten, gewaltenteilig unabhängig gestellten Staatsgewalt werden, zur Monetative¹⁰⁾ – unabhängig von Weisungen der Regierung, aber auch unabhängig gegenüber den Partikularinteressen der Banken; nur dem Gesetz verpflichtet, auf dessen Grundlage eine diskretionäre Geldpolitik ausübend, und verpflichtet, diese öffentlich zu rechtfertigen.

Vorteile einer Vollgeldreform

Eine Vollgeldreform, in welcher institutionellen und technisch-operativen Variante auch immer, würde eine Reihe von unmittelbaren Vorteilen mit sich bringen. Nachteile einer Vollgeldordnung haben sich bisher noch keine ausmachen lassen – außer freilich aus Sicht der Banken. Sie würden ihr illegitimes und verheerend praktiziertes Privileg der Giralgeldschöpfung und den damit verbundenen Margenextragewinn verlieren. Ansonsten hätten Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erkennbar nur Vorteile zu erwarten:

1. Die Beträge auf Geldkonten wären sozusagen unverschwundbar und in einer Bankenkrise nicht länger gefährdet. Bankenkonkurse würden den allgemeinen Zahlungsverkehr nicht beeinträchtigen. Regierungen gerieten von daher weit weniger in Zugzwang, Banken zu retten.
2. Die Zentralbank hätte als Monetative eine lückenlose Kontrolle über die Geldmenge und wäre deshalb in der Lage, einer Inflation von Konsumentenpreisen und Anlagewerten dadurch vorzubeugen, dass sie die Zunahme der Geldmenge am Potenzial des gesamtwirtschaftlichen Wachstums orientiert.
3. Infolgedessen würde sich auch die prozyklische Über- und Unterversorgung der Wirtschaft mit Bankenkredit in maßvolleren und realistischeren Bahnen bewegen, da jeder ausgestellte Kredit vollständig finanziert sein müsste. Den Finanzmärkten, ehe sie in ein Stadium von ‚irrational exuberance‘ übergängen, ginge beizeiten der allzu billig verfügbare Geldtreibstoff aus. Wirtschaftszyklen und Finanzmarktzyklen würden in aller Regel moderater verlaufen.

„Nachteile einer Vollgeld-Ordnung haben sich bisher noch keine ausmachen lassen.“

„In den meisten Industriestaaten ließe sich die öffentliche Verschuldung um die Hälfte reduzieren.“

4. Die aktuelle Finanz- und Überschuldungskrise mit ihren negativen Auswirkungen lässt sich zwar mit keiner Reform ungeschehen machen, eine Geldreform würde solchen Krisen aber künftig nicht nur wirksam vorbeugen, sondern sofort auch erheblich dazu beitragen, die Staatsverschuldung abzubauen
- durch die schuldenfreie Seigniorage aus der fortlaufenden potenzialorientierten Geldschöpfung,
 - durch die hohen Summen, die sich als einmalige Übergangs-Seigniorage ergeben infolge der Ausschleusung der alten kredit-emittierten Giralgeldbestände und ihrer Ersetzung durch neues Vollgeld.

Von dem Tag an, an dem die Geldreform in Kraft tritt, würden die alten Bankkredite in Höhe der vorhandenen Zahlungsmittelbestände kontinuierlich auslaufen und von der Zentralbank durch Vollgeldemissionen per Seigniorage für Staatsausgaben in gleicher Höhe ersetzt. Der größte Teil dieser Substitution würde nach Maßgabe der Fälligkeit der betreffenden Kredite in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren stattfinden. Das neue Geld, das den Giralgeldbestand ersetzend eingeschleust werden muss, stellt eine einmalige Übergangs-Seigniorage dar. Sie sollte zur Senkung der Staatsverschuldung auf ein verträglicheres Niveau verwendet werden. In den meisten Industriestaaten ließe sich die öffentliche Verschuldung auf diesem Weg um die Hälfte oder noch mehr reduzieren. Die Staatsschuldenkrise wäre in kürzester Zeit beendet.

Über die einmalige Substitutions-Seigniorage hinaus gäbe es zusätzlich die laufende, jedoch variabel anfallende Seigniorage in Form des jeweils neu geschöpften Geldes. Um sich eine Vorstellung davon zu machen, wie hoch die den öffentlichen Haushalten heute entgehende originäre Seigniorage ist, kann man in erster Annäherung den jährlichen Zuwachs der realen Geldmenge betrachten. Zwar waren diese Zunahmen zurückliegend Ausdruck einer überschießenden Geldversorgung. Aber selbst wenn die Geldschöpfung nur etwa die Hälfte der zurückliegenden Zunahmen ausmachen würde, wäre die jährliche Ausweitung der Geldmenge genug groß, um mit einem Anteil von um 2 bis 5 Prozent laufend zum öffentlichen Gesamthaushalt beizutragen – je nach Höhe der öffentlichen Ausgaben und des Wirtschaftswachstums in den verschiedenen Ländern.

Die Seigniorage aus der Schöpfung bzw. Erstverwendung von modernem Buchgeld und E-Geld ist vermutlich der einzige Free Lunch, den es in der Ökonomie gibt. Es ist unverständlich, zumal in Zeiten chronischer Haushaltsdefizite und unhaltbar gewordener Staatsschuldenquoten, dass die Politik diese geldreformerische Option ignoriert und damit den Staat weiterhin in einer sehr einseitigen Abhängigkeit von Banken und Finanzmärkten hält. 